



UNWISSENHEIT ODER ABSOLUTE REALITÄTSVERWEIGERUNG EINES MUFL-BETREUERS

Sozialpädagoge hat viel Verständnis für „gekränkten“ Mörder von Mia

Von L.S.GABRIEL | Ein junges [deutsches Mädchen ist tot](#). Kaltblütig und grausam wurde die 15-jährige Mia mit mehreren Messerstichen von einem afghanischen Eindringling [aus gekränkter Eitelkeit abgeschlachtet](#). Zeugen zufolge soll der Täter danach auch noch „[dreckig gegrinst](#)“ haben. Viel wurde über die Tat geschrieben und gesagt in den letzten Stunden. Eine der am meisten gestellten Fragen im Zusammenhang ist die nach dem „Warum“. Die meisten Antworten beschäftigen sich dann mit dem Täter und sind meist ebenso dumm wie realitätsnegierend.

So auch die „Erklärungen“ von Andreas Dexheimer im [Focus-Interview](#). Dexheimer ist Sozialpädagoge und Leiter der Münchner Geschäftsstelle der Diakonie-Jugendhilfe Oberbayern, wo er sogenannte „minderjährige Flüchtlinge“ betreut. Also jene Klientel, in die auch Abdul Dawodzai, Mias Mörder gehörte, wenn auch wohl völlig zu Unrecht.

Dieser „Spezialist“ für die „jugendlichen“ Eindringlinge erklärt uns nun nicht nur, dass das islamische Monster eigentlich nichts dafür könne, denn schließlich sei es gekränkt und abgewiesen worden, sondern behauptet auch noch, dass gerade Afghanen Frauen besonders wertschätzen würden!

Das Ende einer „Liebe“ bedeute für Pubertierende eine narzisstische Kränkung, so Dexheimer.

Das mag sein, nur ist dieser Täter mit ziemlicher Sicherheit kein Teenager und auch sonst ist es bei uns eher unüblich, dass Jugendliche dem Mädchen, das sie verlassen hat mit einem „dreckigen Grinsen“ mehrmals ein Küchenmesser in den Leib rammen.

Afghanistan das Land der „Frauenrechte“

Auf die Frage, ob diese spezielle Tat eventuell etwas mit dem Frauenbild der Afghanen zu tun haben könnte, antwortet der für eben solche Personen verantwortliche „Sozialpädagoge“:

Ich denke nicht, dass es irgendeine Rolle gespielt hat. Denn grundsätzlich ist das Frauenbild von jungen Afghanen von Wertschätzung geprägt. Die Mutter hat in der Familie die Hosen an. Diese Wertschätzung gilt ebenfalls jüngeren Frauen oder Gleichaltrigen.

Wie bitte? Afghanistan gilt als eines der weltweit gefährlichsten Länder für Frauen!

Afghanische Frauen und Mädchen werden in der Regel [zwangsverheiratet](#) (viele im Kindesalter), sie werden misshandelt und bis hin zur [Nahrungsmittelrationierung](#) kontrolliert. Wer nicht spurt, wird gerne auch von den sie „wertschätzenden“ Männern der Familie mit Säure übergossen. Frauen werden in Afghanistan auch nach Vergewaltigungen gerne schon mal wegen Ehebruchs gesteinigt. Ein afghanisches, die Situation perfekt beschreibendes Sprichwort lautet:

Der Platz der Frau ist entweder das Haus ihres Mannes oder ihr Grab.

Die Islamische Republik Afghanistan ratifizierte zwar 2003 die UN-Konvention zur Beseitigung von Diskriminierung gegen Frauen und stellte 2004 Frauen in der Verfassung rechtlich gleich, gleichzeitig aber darf laut Artikel 3 der Verfassung [kein Gesetz im Widerspruch](#) zu den Grundlagen des Islam stehen. Was de facto dann eben Sharia-Law bedeutet.

Die Deutungshoheit im Falle von Unklarheiten obliegt in allen Bereichen der Gesetzlichkeit und ihrer Exekution der Interpretation des Obersten Gerichtshofes, der wiederum aus islamischen Hardlinern besteht und wo keine einzige Frau vertreten ist.

Laut einer Studie der Hilfsorganisation Oxfam werden rund 87 Prozent der Afghaninnen Opfer familiärer Gewalt.

Die afghanisch-amerikanische Rechtsanwältin [Mariam Atasch Nawabi sagt](#): „Die Jahre des Krieges in Afghanistan haben die Gewalt in die Häuser getragen. Die Stammesgesetze sind noch immer dominant.“

Das ist also „Wertschätzung“, wie Andreas Dexheimer sie versteht?

Dafür hat er aber umso mehr Verständnis für die afghanischen männlichen Gewalttäter:

Junge Afghanen sind in Gewalt aufgewachsen. Sie haben erlebt, wie die Taliban die Zivilbevölkerung terrorisieren, haben Kämpfe zwischen internationalen Truppen und den Taliban oder Auseinandersetzungen zwischen Clans mitbekommen. Diese Gewalterfahrung hat sich bei vielen auf der Flucht fortgesetzt. Sie sind unter extremen Belastungen alleine gereist, wurden auf ihrer Flucht oft selbst Opfer und haben erfahren, dass Gewalt ein Mittel der Auseinandersetzung ist,

mit der sich der Stärkere gegen den Schwächeren durchsetzen kann.

Das „hochproblematische“ Leben in Germoney

Was natürlich nicht fehlen darf, im Plädoyer für afghanische Mörder und Vergewaltiger, ist die Mitschuld der deutschen Gesellschaft:

Viele entwickeln eine posttraumatische Belastungsstörung. Sie leben in der Sorge um ihre Existenz, sind schreckhaft, ängstlich, angespannt. Zudem ist die Lage von allen afghanischen Flüchtlingen hochproblematisch, da sie wissen, dass sie kaum eine längerfristige Bleibeperspektive haben. Sie haben Angst, dass sie das Land bald verlassen müssen.

Klar, hätten [Hussein Khavari](#), der afghanische Mörder von [Maria Ladenburger](#) und Abdula Dawodzai sofort nach ihrer illegalen Einreise nach Deutschland, einen deutschen Pass, ein Haus, einen Porsche und vier willige blonde „Kuffarschlampen“ übergeben bekommen, würden Maria und Mia bestimmt noch leben.

Grundsätzlich aber haben wir ja wohl gar kein Problem. Dexheimer sieht die Lage entspannt:

Im Jahr 2015, als innerhalb kürzester Zeit viele tausend junge Flüchtlinge kamen, gab es Probleme, hatten wir zu wenig Leute. Das ist heute völlig anders, die Lage in den Jugendeinrichtungen ist zumindest aus struktureller Sicht entspannt.

Dann ist ja alles in Ordnung. Mia und Maria sind an übertriebener männlicher afghanischer Wertschätzung für Frauen „gestorben“.

Kontakt:

» andreas@dexheimer.net



Silvester in Berlin: Frauen „zum Schutz“ im Beduinzelt separiert

Von L.S.GABRIEL | Berlin, die bunteste aller deutschen Merkel-Ork-Städte unternimmt an Silvester eine kleine Anstrengung Frauen und Mädchen vor den eingeladenen und neuerdings [per Direktflug importierten](#) „südländischen“ Vergewaltigern, Grapschern und sonstigen gewalttätigen „Schutzsuchenden“ zu schützen. Nein, nicht dadurch, das testosterongesteuerte Gewaltpotential fern zu halten – schließlich können wir auf keine „Fachkraft“ verzichten, sollen diese uns doch [vor Inzucht](#) und Altersarmut bewahren. Vielmehr werden bei der Silvesterparty am Brandenburger Tor in diesem Jahr Schariazonen eingerichtet. Frauen, die nicht untenrum „weltoffen“ und „tolerant“ sein wollen, können sich im sogenannten „Women’s Safety Area“ zurückziehen.

In den beduinzeltartigen sogenannten „Rückzugsräumen für sexuell bedrängte Frauen“ erwartet [die „erlebenden“](#) weiblichen Festgäste der Stadt „psychologisch geschultes Personal vom Kriseninterventionsdienst“.

Eine Sprecherin der Festmeile am Brandenburger Tor [erklärte gegenüber der B.Z.:](#) „Wir hatten in Berlin in der Vergangenheit wenig Probleme, doch die Erfahrungen aus Köln fließen da mit

ein.“

Silvester 2015 gab es nach der Rapefugee-Party in Köln mehr als 1000 Anzeigen. Nicht einmal einem Bruchteil der Täter erwachsen daraus Konsequenzen.

Frauen Raum geben – zum Rückzug

Gewünscht habe sich die Anti-Sexmeile auf der Festmeile die Berliner Polizei. Da viele Frauen, die sexuell belästigt würden oftmals keine Anzeige erstatten, wolle man ihnen dort die Möglichkeit geben, sich wenigstens zurückzuziehen, so die Sprecherin.

Die einzig wahren Schutzbedürftigen in Deutschland sind mittlerweile die Deutschen und da besonders Frauen und Mädchen. Die werden nun in Beduninenzelten separiert, während draußen gefeiert wird. Ob die Form dieser „Schutzräume“ dem Berliner Humor geschuldet oder Zufall ist, ist nicht bekannt. Die Symbolik dahinter verhöhnt jedenfalls die Opfer der Schänderinvasion zusätzlich.

Also, Frauen und Mädchen ab ins „Zelt der Sicherheit“ aus Tausendundeine Nacht. Denn unverschleiertes Mitfeiern würde die Gesundheit und vielleicht sogar das Leben gefährden.



Und trotzdem ist Weihnachten

Von L.S.GABRIEL |Vielfach hört man dieser Tage Menschen sagen: „Mir ist eigentlich gar nicht weihnachtlich zumute.“ Das gab es immer, früher aber meist, weil's vielleicht noch nicht geschneit hatte, weil's zu warm und so gar nicht winterlich war, weil der Stress der Vorweihnachtszeit so manchem doch zu schaffen machte, oder aus ganz persönlichen Gründen: Beziehung kaputt, ein Familienmitglied krank, der Hund gestorben – eben das ganz normale Leben. In den letzten Jahren aber ist es anders. „Fröhliche Weihnachten“, zu rufen fühlt sich auch irgendwie seltsam an, wenn nichts davon zutrifft. Die Fröhlichkeit bleibt einem irgendwie im Halse stecken, zumindest jenen, die nicht mit fest geschlossenen Augen durch ein linkes Traumland laufen, in dem die bloße Anwesenheit der bunten Vielfalt orgiastische Verzückung auslöst.

Wer die Toten, Verletzten, die Geschändeten und Geschlagenen der letzten Jahre nicht verdrängt, wer sieht, wie wir und diese Gesellschaft sich verändern und wie wir heute mehr Angst um unsere Kinder haben als noch vor drei Jahren, wer sich daran erinnert, dass Frauen und Mädchen früher zum Ausgehen anzogen was ihnen gefiel, nicht was sie weniger attraktiv für Merkels Gäste macht, wer noch weiss, wie es war, als man sich nicht umschaute, ehe man eine U-Bahntreppe runter ging – angstvoll man könnte dieses „Abenteuer“ vielleicht mit dem Leben bezahlen, wer heute Sorge hat, dass seine alte Mutter beim Milchholen totgetreten werden könnte, wen diese oder ähnliche Gedanken begleiten, dem fällt es vielleicht schwer, mal eben über die Straße zu winken und Freunden lauthals „Fröhliche Weihnachten“ zuzurufen. Es fühlt sich plötzlich ein bisschen fehl am Platz an, denn mit den vielen Opfern der Merkelschen Invasion wurde auch die Unbeschwertheit und weihnachtliche Vorfreude eines ganzen Volkes geschändet.

Und trotzdem ist heute Weihnachten, ein Tag, der nicht nur den Christen Hoffnung geben sollte – Kinder, die mit strahlenden

Augen und roten Backen erwartungsvoll der Bescherung entgegenfiebern, alte und junge Menschen, die sich an diesem einen Abend wieder geborgen fühlen im Kreis der Familie. Gerade in Kriegs- und Krisenzeiten gewannen Traditionen immer an Bedeutung, weil sie Ankerpunkte waren in einer schweren Zeit. Lassen wir uns also für ein paar Stunden anstecken vom Zauber der Weihnacht. Nicht vergessen, nicht verdrängen, aber sich am Schönen dieser Nacht erfreuen. Dieses Geschenk sollte jeder sich selbst machen heute. Denn schon morgen holt uns die so grausam gewordene Realität bestimmt wieder ein.

Vielleicht können wir nicht so fröhlich und unbekümmert sein wie früher, denn die Bilder und schrecklichen Nachrichten der letzten Jahre sitzen mit am weihnachtlichen Gabentisch, aber wir können versuchen Kraft zu tanken aus einer schönen Tradition.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen, liebe Leser, ein besinnliches und friedvolles Weihnachtsfest.

Herzlichst,
Ihr PI-Team

Die Weihnachtsgeschichte

In jenen Tagen erließ Kaiser Augustus den Befehl, alle Bewohner des Reiches in Steuerlisten einzutragen. Dies geschah zum ersten Mal; damals war Quirinus Statthalter von Syrien. Da ging jeder in seine Stadt, um sich eintragen zu lassen. So zog auch Josef von der Stadt Nazareth in Galiläa hinauf nach Judäa in die Stadt Davids, die Betlehem heißt; denn er war aus dem Haus und Geschlecht Davids.

Er wollte sich eintragen lassen mit Maria, seiner Verlobten, die ein Kind erwartete. Als sie dort ankamen, kam für Maria die Zeit ihrer Niederkunft, und sie gebar ihren Sohn, den Erstgeborenen. Sie wickelte ihn in Windeln und legte ihn in

eine Krippe, weil in der Herberge kein Platz für sie war.

In jener Gegend lagerten Hirten auf freiem Feld und hielten Nachtwache bei ihrer Herde. Da trat ein Engel des Herrn zu ihnen, und der Glanz des Herrn umstrahlte sie. Sie fürchteten sich sehr, der Engel aber sagte zu ihnen: „Fürchtet euch nicht, denn ich verkünde euch eine große Freude, die dem ganzen Volk zuteilwerden soll: Heute ist euch in der Stadt Davids der Retter geboren; er ist der Messias, der Herr. Und das soll euch als Zeichen dienen: Ihr werdet ein Kind finden, das, in Windeln gewickelt, in einer Krippe liegt.“

Und plötzlich war bei dem Engel ein großes himmlisches Heer, das Gott lobte und sprach: „Verherrlicht ist Gott in der Höhe, und auf Erden ist Friede bei den Menschen seiner Gnade.“

Als die Engel die Hirten verlassen hatten und in den Himmel zurückgekehrt waren, sagten die Hirten zueinander: „Kommt, wir gehen nach Betlehem, um das Ereignis zu sehen, das uns der Herr verkünden ließ!“ So eilten sie hin und fanden Maria und Josef und das Kind, das in einer Krippe lag. Als sie es sahen, erzählten sie, was ihnen über dieses Kind gesagt worden war. Und alle, die es hörten, staunten über die Worte der Hirten. Maria aber bewahrte alles, was geschehen war, in ihrem Herzen und dachte darüber nach. Die Hirten kehrten zurück, rühmten Gott und priesen ihn für das, was sie gehört und gesehen hatten; denn alles war so gewesen, wie es ihnen gesagt worden war. *(Aus dem Evangelium nach Lukas 2,1-20)*



DIE LINKE: G20-Täterfahndung ist „stigmatisierend und kriminalisierend“

Von L.S.GABRIEL | Seit einigen Tagen fahndet die Polizei mit Fotos und Videos nach den linken Terroristen, die den G20-Gipfel im Juli dieses Jahres dazu nutzten ihr Gewaltpotential auszuleben und die Straßen der Hansestadt in ein Schlachtfeld verwandelten ([PI-NEWS berichtete](#)).

Die [Suche nach 104 nicht identifizierten Radaujunkies](#) im Rahmen einer der größten Öffentlichkeitsfahndungen Deutschlands ruft, wie nicht anders zu erwarten war – vor allem weil es sich um linke Verbrecher handelt – die Täterschützer auf den Plan.

Es geht um nicht weniger als um Plünderungen, Brandstiftung und schwere Körperverletzung. Das ist aber alles egal, denn es waren Linke und diese Klientel und ihre Taten müssen natürlich geschützt werden.

Die Innenpolitikerin Christiane Schneider von der Partei Die LINKE wirft der Polizei, die einfach nur ihren Job macht, „Stimmungsmache“ vor. Die Videos und Fotos zeigten nämlich „bedrückende Gewalt“. Welcher genaue Tatbeitrag den abgebildeten Personen zugeschrieben würde, erschließe sich ihr nicht“, so Schneider.

Das Grundrecht auf Gewalt

Die Fahndung via Internet greife „tief in Grundrechte von Menschen ein, die einer Straftat verdächtig, aber nicht überführt sind“. Die Polizei könne die Weiterverbreitung der Bilder im Internet nun nicht mehr kontrollieren. „Das ist Stimmungsmache und ich frage mich, wie ein solches Vorgehen durch ein Gericht abgesegnet werden konnte“, echauffiert sich

die Linke. Das Vorgehen der Polizei gleiche einer Menschenjagd, [so Schneider](#).

Offenbar ist Gewalt gegen andere auszuüben ein „Grundrecht“ der Linken.

Weiter [schreibt Schneider](#):

Wie nebenbei wird die Demonstration der 76.000 am 8. Juli („G20 Not Welcome!“) aufgrund eines begrenzten Zwischenfalls, der vom Veranstalter beendet werden konnte, zu einer der „gewalttätigen Versammlungen“ erklärt. Senat und Polizei haben von Anfang an versucht, diese Demonstration zu kriminalisieren, und obwohl die Demonstration bis auf diesen von wenigen TeilnehmerInnen verursachten Zwischenfall absolut friedlich war, wird der Kriminalisierungsversuch mit der Öffentlichkeitsfahndung fortgesetzt.

Ein Ausschnitt der „friedlichen G20 Not Welcome!“- Demo, bei der sechs Polizisten, trotz schwerer Sicherheitsmontur verletzt wurden:

Die Linken-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke beweist mit ihrem Statement einmal mehr ihre linksradikale Denkweise. Sie sprach von „Steckbriefen wie zu Zeiten der RAF-Hysterie“. Damit verharmlost sie nicht nur die Taten der G20-Gewalttäter, sondern auch die der RAF-Mörderbande, die immerhin für mehr als 30 Morde verantwortlich ist. Außerdem würden Telefonhotlines dem Denunziantentum Tür und Tor öffnen, argumentiert Jelpke.

Täterfahndung unverhältnismäßig

Auch „Spaßvogel“ Jan Böhmermann attackiert die Polizei, weil sie ihrem Arbeitsauftrag, Täter ausfindig zu machen und der Gerichtsbarkeit zu übergeben nachkommt. Via Twitter teilte Böhmermann mit:



Dr. Jan Böhmermann 🤔 ✓ @janboehm

19 Dez

Hoffentlich täuscht der Eindruck, dass die unseriöse #G20FAHNDUNG der @PolizeiHamburg politisch statt strafrechtlich motiviert ist.

Die Polizei antwortete:



Polizei Hamburg ✓

@PolizeiHamburg



Da können wir Sie beruhigen: All diesen Personenfahndungen liegt ein richterlicher Beschluss gemäß des Strafprozessrechts zugrunde. Das Wort "unseriös" ist daher unpassend.

11:05 - 19. Dez. 2017

💬 32 ↻ 14 ❤️ 179



Und Böhmermann legt nach:



Dr. Jan Böhmermann 🤔 ✓ @janboehm

19 Dez

Antwort an @PolizeiHamburg

Auch ich kann Sie beruhigen: richterliche Beschlüsse und polizeiliches Handeln sind – Rechtsstaat sei Dank – nicht von der sehr menschlichen Kategorie „unseriös“ ausgenommen. 104 Verdächtige per Öffentlichkeitsfahndung zu suchen ist auffällig unverhältnismäßig.

Die Art und Weise wie Gewalt und Terror von Links in Deutschland verharmlost bis hin zu bestritten wird, grenzt schon an eine pathologisch relevante Auffälligkeit. Personen wie Schneider, Jelpke, Stegner (SPD), der anlässlich linker Ausschreitungen twitterte: „Linke und Gewaltanwendung schließen einander aus“, oder seine Parteikollegin Manuela Schwesig, die meinte, linke Gewalt sei nur aufgebauscht, sind Paradebeispiele dafür, wie linksradikales Gedankengut offenbar zur Verblödung führt.

Wer die Polizeivideos vom G20-Gipfel gesehen hat und keinen Handlungsbedarf gegen den linken Terror sieht, der auch die Ausforschung der Täter mit allen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln beinhaltet, sondern die Taten verharmlost, ist mindestens genauso radikal wie jene, die Steine und Brandsätze auf Polizisten warfen, Autos anzündeten und Geschäfte plünderten. Diese geistigen Brandstifter sind maßgeblich daran schuld, dass der schwarze Mob sich derart etablieren konnte in Deutschland.



Hamburg: Öffentlichkeitsfahndung nach den G20-Gewalttätern

Von L.S.GABRIEL | Brandschattzend, plündernd und gewalttätig gegen die Polizei zog ein linker Terrormob anlässlich des G20-Gipfels am 7. und 8. Juli durch Hamburgs Straßen (PI-NEWS berichtete ausführlich mit Videos zum Beispiel [hier](#), [hier](#) und [hier](#)). Nach fünfmonatiger Ermittlungsarbeit hat die bis zu 180 Mann starke Polizei-[Sonderkommission „Schwarzer Block“](#) Unmengen Bild und Videomaterial behördlicher und privater Aufnahmen gesichtet und ausgewertet.

Nun wurden 104 noch nicht identifizierte Verdächtige in einer [Öffentlichkeitsfahndung](#) [ausgeschrieben](#). In den meisten Fällen

werden die Personen wegen gefährlicher Körperverletzung, schwerem Landfriedensbruch oder Brandstiftung gesucht. „Wir haben noch nie so ein Ausmaß an Hass und Gewalt erlebt“, erklärte ein Polizist nach den Hamburger Krawalltagen, in denen die Beamten beschimpft, bedroht, bespuckt und mit Flaschen, Steinen, Brandsätzen und allem was sich anbot beworfen worden waren.

Die linke Lügenjournalle nannte die Ausschreitungen lange noch verharmlosend „Proteste“, als es schon in den Straßen brannte, Geschäfte entglast und geplündert worden waren und es bereits nach dem ersten Tag mehr als 200 verletzte Polizisten gegeben hatte. Noch am 15. Juli war es dem [Spiegel](#) ein Bedürfnis das Ausmaß der Gewalttaten gegen die Polizei schön zu schreiben und jubilierte, dass die zwischenzeitig kolportierte Zahl von 476 verletzten Beamten sich nicht nur auf den 7. und 8. Juli, sondern auf den gesamten Einsatzzeitraum im Zuge des Gipfels vom 22. Juni bis 10. Juli bezöge, es am Gipfelwochenende selber doch „nur“ 231 verletzte Polizisten gewesen wären und monierte, dass dabei Kreislaufprobleme und Dehydratationen mitgerechnet worden waren. Letzteres war der Hitze geschuldet, trotz der die Beamten zur notwendigen Eigensicherung in schwerer Schutzmontur agieren mussten.

Die Fahndung

Laut Angaben der Polizei sollen vom 6. bis zum 8. Juli rund 5.000 bis 6.000 Täter aktiv an den Gewalttaten beteiligt gewesen sein. Bisläng habe man 3.340 Ermittlungsvorgänge eingeleitet.

Die Ermittler haben die Taten in die fünf Rubriken geordnet, wo Foto- und Videomaterial einsehbar sind:

- „[Elbchaussee](#)“
- „[Rondenbarg](#),“
- „[Stein- und Flaschenbewurf](#)“
- „[Plünderungen](#)“

- [„G 20 Not Welcome!“](#)

Für Hinweise hat die Polizei [ein Portal eingerichtet](#), wo man diese auch anonym abgeben kann. Außerdem wurde unter der Nummer 040 4286 76543 eine Hotline geschaltet.

Erster Plünderer lacht sich ins Fäustchen

Am 13.11. stand der erste Plünderer vor Gericht. Der 19-Jährige soll am 7. Juli gegen 22 Uhr, in einer Gruppe gleichgesinnter Krawalljunkies, verumumt gewaltsam in einen Supermarkt am Hamburger Schulterblatt eingedrungen sein, indem er mit einer Gehwegplatte eine Scheibe eingeschlagen habe. Danach habe er sich an den Plünderungen und schweren Sachbeschädigungen beteiligt. Der Schaden betrug rund 1,7 Millionen Euro. Bei seiner Vernehmung erklärte Sven B. unumwunden, er habe „Lust auf Krawall“ gehabt. Sein Anwalt Gül Pinar brachte vor, dass sein Mandant „Hilfe“ gebraucht habe, da er obdachlos gewesen sei. Deshalb hat er wohl auch dringend Alkohol stehlen müssen.

[Das Kuschelurteil](#): Zwei Jahre Jugendstrafe auf Bewährung! Der Plünderer ging also lachend und frei aus dem Gerichtssaal. Der Richter hatte das damit begründet, dass sich das jugendliche Gewaltpotential zum Tatzeitpunkt in einer „akuten Lebenskrise“ befunden habe.

Sollten die nun noch Gesuchten und auch die bereits Angezeigten auch vor so einem Richter landen, und die Chance im Linksstaat ist groß, wird der Ermittlungsaufwand einmal mehr ad absurdum geführt werden und die Täter werden schon bei der Einvernahme über die Polizei leicht lachen haben.

Linke Gewalttäter bedrohen Polizeibeamte

Erst vor wenigen Tagen, als die Öffentlichkeitsfahndung ruchbar wurde, stellte das linke, kriminelle Gesindel, gewissermaßen zum Ausgleich, 54 Fotos Berliner Polizisten auf die linke Terrorplattform linksunten.indymedia. Im Begleittext

dazu heißt es u.a.:

[...] anlässlich der Hetzjagd auf Teilnehmer_innen des Hamburger Aufruhrs gegen den G20 erneuern wir unser Bekenntnis zum Kampf gegen den Staat, gegen die faschistischen Organisationen wie die Polizei [...]. Anlässlich der Hetzkampagne und den für morgen angekündigten Aufrufen zur Denunziation von 100 Menschen haben wir uns entschieden, Bildaufnahmen von 54 Polizeibeamt_innen zu veröffentlichen [...]. Wir freuen uns über Hinweise, wo sie wohnen oder privat anzutreffen sind.

Die Beamten, auf die nun die Jagd eröffnet werden soll, sollen an Räumungen besetzter Häuser in Berlin-Friedrichshain beteiligt gewesen sein. Es sind Lychmethoden, wie wir sie auch von Aktionen gegen Mitglieder der AfD oder Identitären Bewegung kennen.

Das sind keine Kinder in „akuten Lebenskrisen“, es sind linke Terroristen, die auch mehr als nur „Lust auf Krawall“ haben. Diese Subjekte sind schon einen Schritt weiter und es ist zu befürchten, dass es bald die ersten Toten geben wird. Aber auch für diese Täter wird sich vermutlich ein linker Richter mit viel Verständnis für die „Buben“ und „Mädchen“ finden – die wollen ja nur Krieg spielen.



„Schule ohne Rassismus“: Lehrer haben Angst vor „bestimmten“ Schülern

Von L.S.GABRIEL | Dass an deutschen Schulen die Gewalt eskaliert, Lehrer am Ende sind und sich diese zum Teil mit den verbliebenen deutschen Kindern vor dem Nachwuchs der Neo-Plus-Deutschen um die Wette fürchten ist mittlerweile nichts Neues mehr.

In den wenigsten Fällen aber wird seitens der meist „willkommensbereiten“ Lehrer offen kommuniziert was los ist an unseren Schulen. Lehrer der [Gemeinschaftsschule Bruchwiese](#) in Saarbrücken haben jetzt aber öffentlich gemacht, was sonst nicht verbreitet werden sollte. In einem Brief an die Landesregierung beschreiben sie ihren Alltag.

Lehrer würden als „Cracknutte“, „Hurensohn“ oder „Wichser“ betitelt. Dem stehen die so Attackierten hilflos gegenüber, denn der nächste Schritt ist körperliche Gewalt. „Mittlerweile müssen wir bei unseren pädagogischen Maßnahmen immer unseren Eigenschutz im Auge behalten, da wir im Umfeld dieser hoch gewaltbereiten Jugendlichen auch privat leben“, [heißt es in dem Schreiben](#), das bereits im Juni verfasst wurde.

Polizei und Pfefferspray im Lehrerzimmer

Aber auch gegen andere Schüler würde äußerst brutal vorgegangen. So sei einem Schüler durch „aggressives Pausenverhalten“ der Arm gebrochen worden, einer Schülerin die Nase. Einer anderen sei ein Messer an den Hals gedrückt worden, wird berichtet. Diese Messerattacke war aber auch kein Einzelfall. Auch betrunkene Schüler sind offenbar keine Ausnahmeerscheinung. Es wird von abgefackelten Klassenbüchern, Drohungen, „sexuell-anzüglichen Bemerkungen“, Polizeieinsätzen, Pfefferspray im Lehrerzimmer usw. berichtet.

Wir stellen seit einigen Monaten eine Zunahme von Respektlosigkeit, Aggressivität und Ignoranz gegenüber dem Lehrpersonal fest.

Einige Kollegen wurden und werden z.B. als „Cracknutte“, „Hurensohn“, „Wichser“ und „Bock“ beschimpft und die Größe der Geschlechtsteile wird in die Beschimpfungen miteinbezogen. Dabei werden auch Beschimpfungen in fremder Sprache gegen uns gerichtet. Viele Kolleginnen haben Angst, bestimmte Schüler zu unterrichten. Es gibt von Schülern sexuell-anzügliche Bemerkungen wie: „Ich habe momentan nichts in der Hand. Wenn ich aber in meine Hose fasse, dann habe ich etwas in meiner Hand und dann freuen Sie sich.“ Ebenso werden frauenverachtende Bedrohungen ausgesprochen. Ein Schüler sagte zu einer Lehrerin: „Ich rede mit Ihnen, wie ich mit Frauen rede.“ Dieser Spruch erfolgte, nachdem die Kollegin diesen Schüler auf dessen aggressive und freche Ausdrucksweise hinwies.

Verantwortlich für die Zustände machen die Briefschreiber erstaunlicher Weise u.a. den hohen Anteil ausländischer Schüler.

In der toleranten und weltoffen bunten Bruchwiesener Gesamtschule tummeln sich Schüler aus 42 Nationen, 86 Prozent kommen nicht aus Deutschland und viele davon tragen die mitgebrachten ethnischen und/oder ideologischen Konflikte ihrer Heimat hier bei uns aus, wie das ihre Elterngeneration schließlich auch macht in unseren Straßen. Dazu kommen 15 Prozent Förderschüler, mit und ohne Behinderung.

Explosion statt Inklusion

Die Schule ist aber stolz darauf im Kreis der Schulen ohne Verstand (politisch korrekte Bezeichnung: [Schule ohne Rassismus](#) – Schule mit Courage) aufgenommen worden zu sein.

Der Schlüsselsatz im Schreiben der Lehrer ist wohl:

Viele Kolleginnen haben Angst bestimmte Schüler zu unterrichten.

Saarbrücken ist aber nur eine von vielen. Eine [Umfrage von 2016](#) beschreibt schon, dass Lehrer zunehmend das Gefühl haben, die Gewalt an den Schulen sei in den fünf Jahren davor gestiegen.

Seither ist im Grunde nichts passiert, außer, dass es noch mehr Nachwuchsgewalttäter und noch mehr Schulen ohne Rassismus, aber mit Courage gibt.

Nun ja, immerhin ist es in der heutigen Zeit, der linken Meinungs- und Gesinnungsfaschisten ja schon durchaus als Courage zu bezeichnen, so einen Brief zu schreiben. In Wahrheit steht aber [„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“](#) für die Indoktrination deutscher Schüler zugunsten [ausländischem und moslemischem Nachwuchs](#). Was aber passiert nun, wenn es nur noch 14 Prozent deutsche Schüler gibt in einer Schule wie dieser? Ja, dann erfahren die bunten Gutmenschen, dass die zur Gewalttätigkeit und gnadenlosen Opposition erzogenen Kinder und Jugendlichen sich diesen Schuh nicht anziehen werden. Diese Art der suizidalen Toleranz kann man nur wohlerzogenen und von Kleinkind an linksindoktrinierten deutschen Kindern aufzwingen. In den besonders toleranten Schulen aber explodiert nun die Buntheit und zerbröselt dabei die, die sie zuvor herbeigejubelt haben.



Regierung der Schande! Neue Judenhass-Demos genehmigt

Von L.S.GABRIEL | Heute Abend beginnt das achttägige jüdische Hanukka-Fest. Traditionell wird dafür am Brandenburger Tor in Berlin ein meterhoher Chanukia (achtarmiger Leuchter)

aufgestellt und feierlich das erste Licht entzündet. Das Fest erinnert an den Sieg der Makkabäer (164 v. Chr.) über die syrische Armee und die Wiedereinweihung des damals entweihten Tempels. Doch erst vor einigen Tagen wurden in Berlin [israelische Flaggen verbrannt](#), zum Schlachten von Juden und der Zerstörung Israels aufgerufen. Darauf folgten salbungsvolle Floskeln der politisch verantwortlichen, derzeit geschäftsführenden Deutschlandvernichter.

Der Beweis, was diese wert sind folgt auf den Fuß. Für heute wurden Demonstrationen moslemischer Gruppen gegen das jüdische Fest am Brandenburger Tor genehmigt. Angemeldet wurde u.a. eine Kundgebung mit etwa 500 Teilnehmern einer Organisation, die sich „Palästinensische und arabische Institutionen in Berlin“ nennt.

Dabei wird es aber wohl nicht bleiben. Die Demonstration gegen Juden und Israel wurde zuerst sogar direkt am Brandenburger Tor genehmigt und das zur fast selben Zeit wie der jüdische Festakt. Mittlerweile soll der Kundgebungsort auf den Washington [Platz am Hauptbahnhof verlegt worden sein](#).

Unglaubliches Geschwurbel aller Verantwortlichen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich am [Montag in einer Pressekonferenz](#) nicht einmal eine Minute ihrer Zeit abgerungen, um zu den unfassbaren Geschehnissen bei den sogenannten „Pro-Palästinensischen Demonstrationen“ am Wochenende Stellung zu beziehen. Man verurteile die Verletzungen rechtsstaatlicher Grundsätze, intonierte sie mit herabhängenden Mundwinkeln in gewohnt gelangweilter Sprechweise: „Wir wenden uns gegen alle Formen von Antisemitismus und Fremdenhass und keinerlei Meinungsunterschiede, auch über die Frage des Status von Jerusalem, rechtfertigen ein solches Vorgehen. Der Staat muss mit allen Mitteln des Rechtsstaates dagegen einschreiten...“, so Merkel.

Auch Thomas de Maizière (CDU) kritisierte das Verbrennen israelischer Fahnen, und versicherte, man fühle sich „dem Staat Israel und allen Menschen jüdischen Glaubens in ganz besonderer Weise verbunden“. „Wir akzeptieren nicht, wenn Juden oder der Staat Israel auf diese beschämende Weise beleidigt werden“, [erklärte er](#).

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD): „Antisemitismus darf nie wieder einen Platz haben – nirgendwo und schon gar nicht vor dem Brandenburger Tor.“

Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) ließ seinen eigenen Israelhass schon etwas mehr durchblicken: Bei aller verständlichen Kritik an der Entscheidung der USA, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, gebe es „keinerlei Recht und auch keine Rechtfertigung israelische Fahnen zu verbrennen, zu Hass gegen Juden aufzuwiegeln oder das Existenzrecht Israels infrage zu stellen“, so die halbherzige Stellungnahme.

Und Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) kündigte an, die Polizei werde „klar jede Straftat verfolgen und Demonstrationen, von denen Straftaten ausgehen, auflösen“.

Angesichts der nun neuerlich genehmigten islamischen Hassveranstaltungen, anlässlich von jüdischen Feierlichkeiten, kann man da nur von Heuchelei und dummdreistem Geschwafel reden. Besonders wenn man bedenkt, dass jeder dieser Worthülsenakrobaten sich immer wieder gerne bei islamischen Fressorgien während des angeblichen Ramdanfastens zeigt und sich mit Stolz geschwellter Brust Seite an Seite mit Moslems diverser Invasionsverbände präsentiert.

Viel wird über Denkmäler der Schande geredet – was wir mit Sicherheit haben ist eine (derzeit geschäftsführende) Regierung der Schande.

Aktuelle [Aussagen der „Plus-Deutschen“](#) (zum Vergrößern bitte anklicken):



De Maizière völlig gaga! Staatlicher Zugriff auf alle digitalen Geräte

Von L.S.GABRIEL | Thomas De Maizière, derzeit geschäftsführender Bundesinnenminister will endlich Zugriff auf die Privatsphäre aller Bürger immer und an jedem Ort

bekommen, zumindest digital.

Einem Bericht des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) zufolge, soll die Industrie verpflichtet werden, deutschen Sicherheitsbehörden de facto einen Schlüssel zur Hintertür in alle Computer, Smart-TVs und private Autos in die Hand zu geben.

Angeblich solle so die „verdeckte Überwindung von Sicherheitssystemen“ erleichtert werden. Heißt, dass der Überwachungsstaat derzeit Probleme hat, Abhörgeräte zum Beispiel in Fahrzeugen zu platzieren, weil die Sicherheitseinrichtungen das heimliche Eindringen zunehmend erschweren bis unmöglich machen. Es könne jetzt eben sein, dass der Auszuspionierende unverzüglich von der Alarmtechnik über die Manipulation an seinem Fahrzeug informiert würde.

Diese Nachricht an den Besitzer soll, wenn es der orwellschen Diktatur passt, unterbunden werden können. Dazu will man der Industrie vorschreiben, ihre Programmierprotokolle offenzulegen.

Das [RND berichtet](#):

Der Antrag ist mit „Handlungsbedarf zur gesetzlichen Verpflichtung Dritter für Maßnahmen der verdeckten Informationserhebung nach §§ 100c und 100f StPO“ überschrieben. De Maizière will damit den sogenannten Lauschangriff durch den „Einsatz technischer Mittel gegen Einzelne“ drastisch erweitern. Vor allem großen Konzernen und Produzenten von digitalen Sicherheitssystemen soll eine Auskunft- und Mitteilungsverpflichtung auferlegt werden. [...]

De Maizière will sich mit einer Verpflichtung der Automobilindustrie nach RND-Informationen nicht zufriedengeben. Gemeinsam mit den Unions-Innenministern der Länder verlangt er in einer zusätzlichen Protokollnotiz, die geplante Entwicklungen mit erfassen zu können“.

Willkommen in Orwells Welt

„Technikoffen formuliert“ bedeutet, diese geplante Vorschrift soll als eine Art Gummiparagraph angelegt sein, der es dem Staat infolge jederzeit ermöglicht den digitalen Lauschangriff auf alle privaten Geräte auszuweiten, die mit dem Internet verbunden sind. Mit den vorschriftsmäßig beim Regime abgelieferten Zugriffsrechten könnten dann private Smartphones, Computer aller Art bis hin zum Smart-TV oder digitalisierten Küchengeräten ausspioniert werden oder, wie im Falle von mit Kameras versehenen Geräten, zur Überwachung jeder Tätigkeit des Nutzers dienen.

Dass dazu ein richterlicher Beschluss von Nöten wäre, würde wohl im Einzelfall kaum ein wirkliches Hindernis für dieses verkommene, bürgerfeindliche System sein.

De Maizière will außerdem eine Ermächtigung für die Sicherheitsbehörden, im Krisenfall private Rechner herunterfahren. Ein „Fachkonzept zum Takedown von Botnetzen“ sieht vor, Sicherheitsbehörden künftig zu gestatten, private Daten abzugreifen, um Endkunden rechtzeitig zu warnen, wenn Hacker ihre Computer für kriminelle Zwecke missbrauchen wollen. [...]. Durch das unbemerkte Zusammenschalten von ungeschützten Privatrechnern zu sogenannten Botnetzen gelingt es Kriminellen immer häufiger, infizierte Programme weltweit zu verbreiten und dadurch Schäden in Milliardenhöhe zu verursachen.

Alles also zu unserer „Sicherheit“.

Für den Fall, dass Online-Provider diese erzwungene „Zusammenarbeit“ verweigerten sollen „weitreichende Strafen“ verhängt werden können.

Der mögliche „Kill-Switch“

Was den Zugriff auf die Computer von Fahrzeugen betrifft, wäre

es dann jedem, der Zugang zu dieser staatlichen Hintertür habe, theoretisch möglich jederzeit „Unfälle“ zu inszenieren.

Frank Rieger, Sprecher des Chaos Computer Club (CCC) nannte die Pläne gegenüber netzpolitik.org, einen „Frontalangriff auf die digitale und physische Sicherheit aller Bürger“ .

Der Zwang zu Software-Hintertüren bedeute, dass in Zukunft jedes Alltagsgerät ganz legal aus der Ferne zu einer Geheimdienst-Wanze gemacht werden könne: „Und ein Zugriff auf die IT eines modernen Autos bedeutet Gefahr für Leib und Leben: ein buchstäblicher Kill-Switch.“

Wider Erwarten kommt hier sogar Kritik aus den Reihen der SPD: „Der Bundesinnenminister hat scheinbar jeglichen realpolitischen Anstand verloren“, erklärte der bayerische Bundestagsabgeordnete und Innenexperte Uli Grötsch gegenüber dem [SPIEGEL](http://www.spiegel.de).

Das Ende jeder Privatsphäre

Volker Tripp von der Digitalen Gesellschaft warnt vor dem totalen Verlust der Privatsphäre. Es gebe dann „keinerlei Rückzugsraum und keinerlei Unbefangenheit“ mehr. Er bezeichnet die Pläne als die „Antithese zu einem freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat“, sie widersprächen diametral dem Menschenbild des Grundgesetzes.

Bernhard Rohleder, der Hauptgeschäftsführer des Branchenverbands Bitkom zeigt sich ebenso entsetzt denn: „In Zukunft werden alle Geräte, Gebäude und im Übrigen auch fast alle Menschen mit dem Internet verbunden sein“, so Rohleder. Hier gehe es darum, „staatlichen Zugriff auf schlichtweg alles, jedes und jeden zu erhalten“.

Allein, dass ein deutscher Minister keine Bedenken hat, so ein Vorhaben auch nur ansatzweise in Erwägung zu ziehen, zeigt in welchem Zustand sich Deutschland befindet. Offenbar fühlt die

Zerstörerelite sich so sicher in ihrer Herrschaft, dass sie nicht einmal Hemmungen zeigt, offen und ungeniert zu kolportieren einen totalitären Überwachungsstaat installieren zu wollen. Wenn dieser Albtraum Wirklichkeit wird, würde das Regieren dann aber auch endlich ganz leicht, schließlich kann man Kritiker dann sogar in ihrem eigenen Heim mit einem gerade passenden elektronischen Gerät um die Ecke bringen.



Merkel-Textbausteine für Brief der Opfer vom Breitscheidplatz

Von L.S.GABRIEL | Es ist ein neuerliches Schaustück der Abgebrühtheit, Empathielosigkeit und absoluten Unfähigkeit im Amt der Kanzlerin. Angehörige, Opfer und Helfer der durch den islamischen Mörder Anis Amri am 19. Dezember 2016 am Berliner Breitscheidplatz mit einem LKW dahingemetzelten Menschen beklagten in einem offenen Brief an Angela Merkel das Versagen des Staates vor, während und nach der Tat. Der Brief ist ein beklemmendes Dokument des tragischen und gefährlichen Zustandes, in den Merkel und ihre Zerstörertruppe Deutschland versetzt haben.

Nicht nur, dass man den Terror ins Land gebeten hat, wird auch de facto nichts Effektives unternommen ihn zu stoppen. Im

Gegenteil, Taten und Täter werden verharmlost oder gar verschwiegen und jeder, der sich dieser politisch als korrekt angesehen Doktrin nicht ergibt muss sogar seinerseits mit Verfolgung durch den Staat rechnen. Unzählige [sogenannte „Pannen“](#) bei der angeblichen „Überwachung“ des Gefährders, die sich [auf Beamtendienstzeiten beschränkte](#) sind mittlerweile ruchbar geworden. Jeder Kanzler, verantwortliche Minister, unter anderen Thomas De Maiziere und Heiko Maas, oder hochrangige Person der Sicherheitsbehörden mit einem Hauch von Ehrgefühl oder Verantwortung hätte spätestens dann seinen Posten räumen müssen.

Selbst eine ehrliche und die Verantwortung des Staates spiegelnde Gedenkstätte für die Opfer bekommt diese Regierung nicht hin. Der von ihre Trauer bekundenwollenden Privatleuten eingerichtete Gedenkplatz in Berlin [gleichet eher einer Müllhalde](#), dafür hatte es aber jemand ganz besonders eilig die Wahrheit über die Hintergründe der Tat auf einer dort angebrachten Tafel [schnell zu schwärzen](#), um nur ja die Lüge vom „friedlichen Islam“ nicht zu gefährden.

Die Briefschreiber kritisieren auch, wie lange es gedauert habe, bis sich überhaupt jemand namhaftes zuständig fühlte sich mit ihnen in Verbindung zu setzen und wenigstens so zu tun, als würde man sie unterstützen.

In der Folge hat sich in den ersten Tagen und Wochen tatsächlich niemand von offizieller Seite um uns gekümmert. Das erste offizielle Schreiben deutscher Behörden kam 22 Tage nach dem Anschlag von Bundesjustizminister Heiko Maas an einen Teil der Familienangehörigen. Er unternahm dabei keine Anstrengungen, zumindest alle Familienangehörigen ersten Grades direkt zu erreichen, sondern beließ es dabei, mit unvollständigen Listen zu arbeiten. Er kondolierte den Hinterbliebenen, die er so erreicht hatte persönlich, allerdings nicht im Namen der Bundesregierung, und erläuterte den Prozess der Antragstellung für Härteleistungen aus

Mitteln des Deutschen Bundestages.

Es hat 60 Tage gedauert, bis uns der damalige Bundespräsident Joachim Gauck zu einem Zusammentreffen im Schloss Bellevue einlud und kondolierte. Dank der großen Menschlichkeit und Offenheit von Herrn Gauck fand dort eine würdevolle Zusammenkunft statt, an der auf Einladung des Bundespräsidenten auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière teilnahm.

Nun „reagierte“ Merkel auf den Brief, oder besser gesagt, sie ließ reagieren. Grundsätzlich würde man das Schreiben nicht öffentlich kommentieren aber ein Sprecher der Bundesregierung schmiss einen Merkeltextbaustein in [die Medien](#), der etwa so [„hilfreich“ ist wie die Betonpoller](#) um Veranstaltungsorte:

„Die Bundeskanzlerin steht an der Seite der Opfer und deren Angehöriger“, sagte ein Regierungssprecher. Merkel sowie der gesamten Bundesregierung sei es von Anfang an ein Anliegen gewesen, „die Betroffenen in ihrer Situation nicht alleine zu lassen und ihr Mitgefühl auszudrücken“. So habe Merkel am Tag nach dem Anschlag den Tatort besucht und an einem Gedenkgottesdienst teilgenommen.

Das ist an Kaltschnäuzigkeit und offen zur Schau gestellter Ignoranz kaum noch zu überbieten. Hätte keiner etwas gesagt, fühlten sich die Menschen vermutlich weniger veralbert, als mit so einem tausendmal verwendeten, inhaltslosen Gesabbel.

Diese Art des Umgangs mit Opfern, Hinterbliebenen, und da das Standard ist, auch mit sicher noch künftigen Geschädigten der Islaminvasion, ist nicht nur schrecklich für alle, die nun schon hautnah erlebt haben, was der Islam aus unserem Leben macht, sondern zeichnet auch ein verheerendes Bild Deutschlands in der Welt. Ein Land, in dem man schnell und unbeschützt erstochen, zu Brei geschlagen, gesprengt oder totgefahren werden kann und das die Täter mehr schützt als die Opfer.

Hier der ganze [Brief im Wortlaut](#):

„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

am 19. Dezember 2016 erschoss ein islamistischer Terrorist in Berlin einen polnischen LKW-Fahrer, raubte das Fahrzeug und steuerte es in den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz. Er ermordete dabei weitere elf Menschen aus Israel, Italien, Tschechien, der Ukraine und Deutschland. Mehr als 70 Personen wurden – teilweise sehr schwer – verletzt.

Wir, die Verfasser dieses Briefes, sind Familienangehörige aller zwölf Todesopfer. Einige von uns gehören auch selbst zu den Verletzten und Nothelfern am Breitscheidplatz. Wir haben uns nach dem Anschlag in einer Gruppe zusammengeschlossen und stehen miteinander in Kontakt. Wir teilen unsere Trauer, versuchen uns gegenseitig so gut es geht zu unterstützen und informieren uns über Entwicklungen in der Politik und den Medien.

Wir nehmen in den Monaten seit dem Anschlag vielfältige Missstände wahr und haben uns nun entschieden, uns mit diesem Brief direkt an Sie, Frau Bundeskanzlerin, zu wenden. Die Missstände betreffen sowohl die mangelhafte Anti-Terror-Arbeit in Deutschland als auch den Umgang mit uns als Opfer und Hinterbliebene.

Während sicherlich kein Land der Welt absolute Sicherheit vor terroristischen Anschlägen gewährleisten kann, mangelt es in Deutschland an grundlegender Professionalität im Umgang mit dem Terrorismus. Durch die Arbeit von investigativen Journalisten sowie des Untersuchungsausschusses in NRW und des Sonderbeauftragten des Senats von Berlin, Bruno Jost, sind mittlerweile Fehlleistungen der Anti-Terror-Arbeit in Deutschland ans Licht gekommen, die als alarmierend einzustufen sind.

Dazu kommentierte Claus Kleber im ZDF „heute journal“ am 12. Oktober 2017: „Das Erschreckende ist, dass es zu spät ist, man kann die Fehler nicht mehr korrigieren. Aber zwölf Menschen könnten noch leben, 70 Verletzte unversehrt sein, wenn Behörden, allen voran die Landeskriminalbehörden von NRW und Berlin, ihren Hintern hoch bekommen hätten, wenn dort nicht katastrophale Zustände geherrscht hätten. Das ist auch in dieser drastischen Formulierung das Ergebnis des Sonderermittlers Jost.“

Der Terrorist, der den Anschlag am Breitscheidplatz verübt hat, ist unter vielen Migranten zu Beginn der Flüchtlingskrise nach Deutschland gekommen, hat vielfach Asyl beantragt, war als einer der Top-Gefährder bekannt und ist auch vor dem Anschlag bereits mehrfach straffällig geworden. Seine Fingerabdrücke zur elektronischen Identifizierung wurden – wie die der meisten Flüchtlinge – mehrfach gar nicht oder erst mit großer Verzögerung ausgewertet. Als Top-Gefährder in der Bundeshauptstadt wurde er nur gelegentlich und nur an Werktagen und nie nachts observiert, obwohl bekannt war, dass er gewerbsmäßigen Drogenhandel betrieb. Möglichkeiten zur Abschiebung wurden verpasst. Es herrschte ein Kompetenzchaos zwischen Landeskriminalämtern (LKAs) verschiedener Bundesländer, dem Bundeskriminalamt (BKA) und weiteren circa 50 Behörden, deren genaue Aufgaben kaum abgegrenzt werden können und die ihn betreffende Informationen nur äußerst mangelhaft austauschten.

Frau Bundeskanzlerin, der Anschlag am Breitscheidplatz ist auch eine tragische Folge der politischen Untätigkeit Ihrer Bundesregierung. In einer Zeit, in der die Bedrohung durch islamistische Gefährder deutlich zugenommen hat, haben Sie es versäumt, rechtzeitig den Ressourcenausbau und die Reformierung der wirren behördlichen Strukturen für die Bekämpfung dieser Gefahren voranzutreiben.

Wir fordern Sie dringend auf, die vorhandenen Defizite so schnell wie möglich zu beseitigen. Sie sind in der

Verantwortung, die für die Bekämpfung des Terrors erforderlichen Ressourcen im Bund mit Priorität bereitzustellen. Aber auch die Länder müssen ihre Strukturen ausbauen und mit Ihnen gemeinsam an einer Entwirrung der behördlichen Strukturen arbeiten. Es darf künftig nicht mehr zu so gravierenden Problemen in der Koordination kommen. Gerade im Falle des Attentäters vom Breitscheidplatz sind diesbezüglich eklatante Missstände offenbar geworden, die so nicht weiter toleriert werden können.

In Bezug auf den Umgang mit uns Hinterbliebenen müssen wir zur Kenntnis nehmen, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie uns auch fast ein Jahr nach dem Anschlag weder persönlich noch schriftlich kondoliert haben. Wir sind der Auffassung, dass Sie damit Ihrem Amt nicht gerecht werden. Der Anschlag galt nicht den unmittelbar betroffenen Opfern direkt, sondern der Bundesrepublik Deutschland. Es ist eine Frage des Respekts, des Anstands und eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass Sie als Regierungschefin im Namen der Bundesregierung unseren Familien gegenüber den Verlust eines Familienangehörigen durch einen terroristischen Akt anerkennen.

Auch Ihre bisherigen Aktivitäten zur Unterstützung unserer Familien sind nicht ausreichend. So haben Sie schon am Tag unmittelbar nach dem Anschlag in der Gedächtniskirche einen Trauergottesdienst mit anderen Vertretern hoher politischer Ämter begangen. Zu diesem Zeitpunkt wussten wir Betroffenen noch gar nichts von unserem Schicksal. Das dem Bundesministerium des Innern nachgeordnete BKA hatte eine Informationssperre zum Verbleib der Opfer verhängt und sich 72 Stunden Zeit für die Identifikation der Opfer gelassen. Während also der Trauergottesdienst stattfand, haben wir Hinterbliebenen verzweifelt nach unseren Angehörigen gesucht und dabei sämtliche Krankenhäuser in Berlin persönlich aufgesucht oder telefonisch kontaktiert.

Überhaupt stand uns nach dem Anschlag anfangs nur die allgemeine Meldestelle für Vermisste der Berliner Polizei zur

Verfügung. Hier wurden keinerlei Auskünfte erteilt und Rückrufe versprochen, die aber nicht erfolgten. Erst nach massiven Beschwerden über die fehlende Kommunikation und über 36 Stunden nach dem Anschlag wurden den Familien Beamte vom LKA Berlin als persönliche Ansprechpartner zugeordnet. Die LKA-Beamten konnten aber aufgrund der Informationssperre des BKA über weitere 36 Stunden keinerlei Auskünfte über unsere Angehörigen geben. Während einige Beamte sich nach Kräften um uns bemühten und zum Beispiel Notfallseelsorger vermittelten, ließen es andere an Empathie deutlich fehlen. Es kam sogar zu Zurechtweisungen.

In der Folge hat sich in den ersten Tagen und Wochen tatsächlich niemand von offizieller Seite um uns gekümmert. Das erste offizielle Schreiben deutscher Behörden kam 22 Tage nach dem Anschlag von Bundesjustizminister Heiko Maas an einen Teil der Familienangehörigen. Er unternahm dabei keine Anstrengungen, zumindest alle Familienangehörigen ersten Grades direkt zu erreichen, sondern beließ es dabei, mit unvollständigen Listen zu arbeiten. Er kondolierte den Hinterbliebenen, die er so erreicht hatte persönlich, allerdings nicht im Namen der Bundesregierung, und erläuterte den Prozess der Antragstellung für Härteleistungen aus Mitteln des Deutschen Bundestages.

Es hat 60 Tage gedauert, bis uns der damalige Bundespräsident Joachim Gauck zu einem Zusammentreffen im Schloss Bellevue einlud und kondolierte. Dank der großen Menschlichkeit und Offenheit von Herrn Gauck fand dort eine würdevolle Zusammenkunft statt, an der auf Einladung des Bundespräsidenten auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière teilnahm.

Auch wenn der Bedarf schon wenige Tage nach dem Anschlag hätte erkannt werden müssen, dauerte es fast drei Monate bis die Bundesregierung Herrn Ministerpräsident a.D. Kurt Beck zum Beauftragten für die Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlags auf dem Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016

ernannte. Seit seiner Benennung setzten sich Kurt Beck und ein Team von Mitarbeitern sowohl für uns Hinterbliebene als auch für die Verletzten des Anschlags ein.

Wir sind Herrn Beck für seinen Einsatz sehr dankbar. Leider ist er jedoch nicht mit Ressourcen ausgestattet, effektiv helfen zu können. So bleibt ihm als eingesetztem Vertreter der Bundesregierung teilweise auch nichts anderes übrig, als Spendenorganisationen um Hilfen für Betroffene zu bitten. Das ist zwar eine im Einzelfall kreative Herangehensweise, ein Vertreter der Bundesregierung sollte diesen Schritt jedoch nicht unternehmen müssen, um die notwendige Versorgung von Opfern eines terroristischen Akts sicherzustellen.

Wir empfehlen im Übrigen dringend, das Amt von Herrn Beck nach seinem angekündigten Abschlussbericht fortzuführen. Die Aufgabe dieses Amtes besteht nicht nur in der weiterführenden Betreuung der Hinterbliebenen und Verletzten vom Breitscheidplatz. Es bedarf dieses Amtes zur dauerhaften Koordination von Aktivitäten im Bereich der Prävention, Vorbereitung und Kommunikation im Bereich des Opferschutzes auf Bundes- und Landesebene.

Der Verlust eines geliebten Menschen lässt sich nicht durch materielle Kompensationen entschädigen. Die Lücke in unserem Leben wird bestehen bleiben und uns bis an das Ende unseres Lebens begleiten. Wir müssen lernen, damit umzugehen.

Der Verlust eines engsten Angehörigen verursacht aber auch finanzielle Schäden. Unsere Erwartung ist, dass der Staat für die Familien der Hinterbliebenen „in die Schuhe der Opfer steigt“ und zumindest die finanziellen Lücken schließt, die der Anschlag reißt. Es ist unsere konkrete Erwartung an Sie, Frau Bundeskanzlerin, dass die Bundesrepublik unseren Familien unbürokratisch und umfassend hilft und für die heutigen und künftigen finanziellen Schäden aufkommt.

Gegenüber dieser Erwartung bleibt der Umfang der aktuellen staatlichen Unterstützung weit zurück. Es gibt nach aktuellem

Rechtsstand für uns drei in Summe unzulängliche
Entschädigungsquellen:

(1) Zunächst gab es für Hinterbliebene einer terroristischen Straftat die bereits erwähnte, einmalige sogenannte Härteleistung des Deutschen Bundestages, allerdings in niedriger Höhe.

(2) Darüber hinaus gibt es Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG). Im Rahmen des OEG werden Bestattungskosten übernommen, die nicht mehr als die Kosten der billigst möglichen Bestattung decken. Etwaige Rentenansprüche nach OEG werden darüber hinaus mit erarbeiteten Rentenansprüchen verrechnet. Die Sätze sind so gering, dass auch auf sehr niedrigem Rentenniveau kein Anspruch verbleibt.

(3) Zuletzt stehen Mittel der Verkehrsofferhilfe (VOH) zur Verfügung. Nach dem Verkehrsoffer-Hilfegesetz leistet die VOH nur Entschädigungen nach einem begrenzten Katalog für unmittelbare Schäden. Durch den Anschlag verursachte Verdienstauffälle von Selbstständigen und andere indirekte Folgekosten des Anschlags werden nicht berücksichtigt und damit auch nicht erstattet.

Die Anspruchsgrundlagen der drei Entschädigungsquellen sind sehr komplex und für uns oftmals kaum zu durchschauen. Für jede mögliche Unterstützung ist es erforderlich, umfassende Anträge auszufüllen, zum Teil mit identischen Fragestellungen in den Formularen. Erst dann wird entschieden, ob ein Anspruch besteht. Ansprüche bestehen dann jedoch oftmals nicht, oder nur in sehr geringem Umfang. Das ist sehr frustrierend und führt zu extrem belastenden Situationen.

So stehen viele von uns seit dem Anschlag vor ungelösten finanziellen Herausforderungen. Wer kommt für den Beitrag des Verstorbenen für die Finanzierung einer Hypothek auf? Wie gelangt jemand, der seine Wohnung wegen des Anschlags aus

finanziellen Gründen aufgeben musste ohne externe Hilfe an eine neue Unterkunft, wenn als regelmäßiges Einkommen nur kaum nennenswerte und unter Vorbehalt gezahlte Renten dem Vermieter nachgewiesen werden können? Was sollen Eltern tun, die psychisch nicht stabil genug für ihre bisherigen Vollzeitstellen sind, die aber aus finanziellen Gründen voll arbeiten müssten? Wie sollen Alleinerziehende den Alltag mit ihren Kindern gestalten, wenn sie zu mehr als 100% arbeiten müssen, um den Verdienstaufschlag des verstorbenen Elternteils zu kompensieren? Wer kommt für dauerhafte psychische Schäden auf, die bis hin zur Berufsunfähigkeit führen?

Frau Bundeskanzlerin, es besteht der dringende Bedarf für eine finanziell umfassendere Unterstützung: Zum einen müssen – wie von Herrn Beck auch bereits öffentlich gefordert – die Härteleistungen signifikant aufgestockt werden. Zum anderen müssen Rentenansprüche ausgeweitet, aufgestockt und losgelöst von finanzieller Bedürftigkeit geleistet werden. Diese Leistungen sollten mit möglichst geringem bürokratischem Aufwand für die Betroffenen erbracht werden – im Übrigen nicht nur für Opfer und Hinterbliebene in Deutschland, sondern explizit auch für die vom Terror betroffenen ausländischen Gäste.

Die Inanspruchnahme der Verkehrsofferhilfe erscheint uns darüber hinaus als eine inadäquate Mittelverwendung und nicht nachhaltige Lösung. Vor Kurzem hat Ihr Innenminister vermeldet, dass in Deutschland ein Bombenanschlag verhindert wurde. Opfern dieses geplanten Anschlages hätten die Mittel aus der Verkehrsofferhilfe nicht zur Verfügung gestanden und die Versorgungslücke für die Betroffenen wäre noch größer gewesen als sie für uns ohnehin schon ist. Auch stellt sich die Frage, warum die Automobilversicherer und somit indirekt deren Versicherte für die Schäden eines Terroraktes aufkommen, nur weil der Terrorist anstelle einer Bombe einen LKW benutzt hat?

Zum Glück sind wir in den schwierigen Monaten nicht ganz

allein gelassen worden. Während im Bund und im Übrigen auch im Land Berlin sich kaum jemand um die Verletzten und Hinterbliebenen kümmerte, sprang beispielsweise der ehrenamtliche Opferbeauftragte des Landes Berlin, Rechtsanwalt Roland Weber, in die Lücke. Er versuchte vor allem in den entscheidenden ersten Wochen nach dem Anschlag, die Familien so gut es ging zu unterstützen und benötigte Informationen zusammenzustellen. Neben Familien und Freunden haben sich auch zahlreiche Notfallseelsorger und Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz und vor allem der Weiße Ring umfangreich für uns eingesetzt. Sie haben uns mit viel Energie und Aufopferungsbereitschaft unterstützt. Ihnen und den vielen großzügigen Spendern gilt unser großer Dank.

Frau Bundeskanzlerin, leider ist zu befürchten, dass der Anschlag vom Breitscheidplatz nicht der letzte terroristische Anschlag in Deutschland gewesen sein wird. Auch deshalb wenden wir uns mit diesem offenen Brief an Sie. Es sollte alles dafür getan werden, künftige Anschläge zu verhindern und zumindest einen angemessenen Umgang mit Opfern und Hinterbliebenen, ungeachtet der Nationalität, zu gewährleisten. Der Bund im Zusammenwirken mit allen 16 Bundesländern muss den Umgang mit dem Terrorismus so schnell wie möglich lernen. Die einfache Fortschreibung des aktuellen Versagens der Bundesrepublik ist unverantwortlich.

Auch wenn die von uns benannten Probleme nicht alleine auf Bundesebene gelöst werden können, erfordert deren Lösung die maßgebliche Federführung der Bundesregierung. Wir fordern Sie daher dringend auf, gemeinsam mit den Bundesländern die Probleme umgehend anzugehen und Lösungen herbeizuführen.“

Gez. Mitglieder aller 12 Familien der Todesopfer vom Breitscheidplatz



Merkel will mehr „Austausch mit Afrika“ – Gabriel nennt Zahlen

Von L.S.GABRIEL | Alle Welt berichtet eben darüber, dass Gabriel hunderttausende Afrikaner nach Deutschland holen will und die [Regimemedien beschreiben großartig](#), dass Merkel dieser Aussage Gabriels „skeptisch“ gegenüber stünde, dabei ist dieser Plan eigentlich wieder einmal ein astreiner Merkelplan!

Der lediglich geschäftsführende Außenminister Gabriel (SPD) möchte, in einem Anfall von gutmenschlichem Größenwahn und eigentlich ganz im Sinne des Kanzlerinnenplans, als Entwicklungshilfe für Afrika, Teile der afrikanischen Bevölkerung ausbilden lassen. Dabei sollen, auf Kosten der Europäer, hunderttausende Schwarzafrikaner nach Europa geholt werden. Anschließend mögen sie dann brav wieder zurück nach Afrika gehen, um dort so wörtlich: „für Frieden und Stabilität zu sorgen“.

Merkels Zurückhaltung bei konkreten Zahlen

„Ich bin da erstmal etwas zurückhaltender“, sagte Merkel am Mittwoch vor Journalisten am Rande des EU-Afrika-Gipfels in der Elfenbeinküste. Aber nicht weil sie den Plänen skeptisch oder gar ablehnend gegenüber stehen würde. Merkel hat wohl

eher die perfide Sorge, dass nicht genug kommen werden. Ihr verwirrter aktueller Kommentar dazu: „Wenn man ins Auge fasse, mit einzelnen Ländern Abkommen zu schließen, müsse zunächst die Nachfrage abgewartet werden. Ich denk' nicht gleich in Hunderttausenden“. Dazu eierte sie, wie auch schon bei der Diskussion um eine Flüchtlingszahlenobergrenze herum, sie wolle sich „nicht auf Zahlen festlegen“. Um ja keine Zweifel an ihrer Zustimmung zu den Plänen aufkommen zu lassen, bekräftigte sie dies abschließend mit den Worten: „Lassen Sie uns einfach mal starten, dann wäre schon viel gewonnen.“

Das, was sie hier nicht in Zahlen ausgedrückt sehen will, mit denen Gabriel nun vorpreschte, ist aber genau das, was sie selbst bereits vor einer Woche angekündigt hatte:

In der aktuellen inszenierten Interviewfarce mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, aus der Reihe „[Die Kanzlerin direkt](#)“, spricht sich die große Umvolkerin für „mehr Austausch“ mit Afrika aus. Sie will den „dringend benötigten Talenten“ aus Busch und Steppe ein Studium in Deutschland ermöglichen, gleichzeitig natürlich aber auch noch mehr deutsches Steuergeld im nimmersatten, von Korruption und Laissez-faire geprägten schwarzen Kontinent versenken. „Partnerschaft mit Afrika“ nennt Merkel das.

Dieser „Austausch“ ist im Sinne der Umvolkung wörtlich zu nehmen, denn er funktioniert, was die Menschen betrifft, ja ganz klar nur in eine Richtung, von Afrika nach Deutschland. Was das Wort „Tausch“ rechtfertigt ist allein, dass dafür deutsches Geld nach Afrika geht. Sie ist eben noch nicht fertig mit der Zerstörung Deutschlands.

Auch seien in Deutschland ja noch viele Ausbildungsstellen frei, damit würde sie gerne möglichst viele Neo-Plus-Deutsche versorgen. Dieser „Bildungsaustausch“ bedürfe allerdings „legaler Wege“ nach Europa.

Da liegt also einer der Hunde in diesem Statement begraben. Es

geht wie immer u.a. darum aus „Illegal“ „Legal“ zu machen.

Beim nun stattfindenden Treffen der Staats- und Regierungschefs aus Europa und Afrika, dem 5. AU-EU Gipfel, würden die afrikanischen Staats- und Regierungschefs von den Europäern „Taten sehen wollen“, erklärte Merkel schon vor einer Woche und fand es offenbar beinahe schon sensationell, dass „die Afrikanische Union bis 2063 bestimmte Entwicklungsprojekte realisiert haben will.“

Wir müssen die Lebensvorstellungen der Afrikaner berücksichtigen

Ganz besonders wichtig für die Mutter der Invasion ist, dass man MIT und nicht für FÜR Afrika etwas mache, denn: „Die Afrikaner haben selber Vorstellungen, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Und da müssen wir mit ihnen zusammenarbeiten“, ist sie überzeugt.

Dass die Afrikaner eigene Vorstellungen haben, wie sie „gut und gerne“ hier leben wissen wir. Mittlerweile kommt sogar die Lückenpresse nicht mehr drumherum alltäglich über neue kulturbedingte Gewalttaten der Macheten-Fachkräfte zu berichten.

Wie naiv muss man eigentlich sein, um davon auszugehen, diese Massen später noch steuern zu können? Schon die Generation der Gastarbeiter ging im Wesentlichen nicht mehr in ihre Ursprungsländer zurück. Und verglichen mit Afrika kamen diese Menschen aus wirtschaftlich einigermaßen stabilen Ländern. Glauben Gabriel und Merkel tatsächlich, dass einmal hier mehr oder weniger ausgebildete Afrikaner freiwillig wieder in ihre unterentwickelten, armen und von Korruption zerfressenen Länder zurück gehen werden?

Sie sprach auch von „Vorurteilen“ und „Abschottungstendenzen“, weil es in europäischen Ländern große Probleme der Jugendarbeitslosigkeit gebe. Das soll wohl heißen, unsere Jugendlichen finden keine Ausbildungsplätze, die es ja

angeblich zuhauf gibt, weil sie blöder sind als die Afrikaner, die diese Lücke dann füllen können. Sie sage nämlich auch in vielen Gesprächen mit afrikanischen Führungspersonlichkeiten: „Achtet auf eure Jugend, sie ist willens etwas zu tun, sie ist intelligent, sie ist lernbreit. Und Politik muss auch den eigenen Menschen dienen.“

Der letzte Satz ist offensichtlich aus einem Band der Perlenreihe: „Schleimige Textbausteine für Politiker“, denn sich selber nimmt sie davon in allem was sie tut ja aus – diese Frau hat noch nie dem eigenen Volk gedient.

» Das [„Interview“ im Wortlaut](#)

Hier das Video:



Video: Best-Of Alice Weidel bei Maischberger vom 29.11.

Von L.S.GABRIEL | Am Montagabend griff ein betrunkenere und offenbar durchs in der Hauptsache Merkelgäste tragende soziale Netz gefallener Mann Andreas Hollstein (CDU), den Bürgermeister der sauerländischen Kleinstadt Altena, mit einem Messer an und verletzte ihn leicht am Hals.

Seither überschlagen sich Politik und Systemmedien und

überbieten sich geradezu im Aufbauschen der Tat.

Natürlich ist jeder körperliche Angriff auf Menschen zu verurteilen, aber die nun inszenierte Schmierenkomödie ist angesichts der aktuellen, durch illegal in unser Land eingedrungene Gewalttäter entstandene Lage an Dreistigkeit und Hohn kaum zu überbieten.

Hollsteins „Kampf“

Andreas Hollstein zeichnet sich durch Hofmarschall-Dienst an seiner Kanzlerin und der linken Politikphalanx aus, indem er nicht nur seit Jahren wacker den Kampf gegen Rechts propagiert, worüber er sogar ein Buch geschrieben hat: „Mein Kampf gegen Rechts“ (kein Witz!). Aber auch durch vorseilenden Gehorsam im Zuge der Invasionsförderung dient er der großen Umvolkerin. Die Stadt nahm mehr sogenannte „Flüchtlinge“ auf, als sie gemäß dem Verteilerschlüssel eigentlich müsste und Hollstein freute sich über jeden neuen „plus-deutschen“ künftigen Wähler: „Wir wollen, dass sich die Menschen wohlfühlen und dauerhaft bei uns bleiben“, [erklärte er](#). Darum sind in Altena auch alle seine Schützlinge dezentral in Wohnungen untergebracht, worauf er mächtig stolz ist.



Weniger kümmern er und die Stadt sich aber offensichtlich um jene „die schon länger hier leben“. Einer derjenigen, die in der Refugee-Welcome-Stadt weniger umsorgt werden hatte am Montagabend wohl zu viel getrunken, ließ sich von seiner Wut

übermannen und attackierte den Asyllobbyisten mit einem Messer. Hollstein wurde zwar nur mal kurz angekratzt, dennoch begann kurz darauf ein unglaublicher Affentanz darum, der sich bis heute Abend fortsetzt.

Medienterz zum Politikerschmerz

Die WeLT titelte: „15 Zentimeter lange Schnittwunde – „Ich habe um mein Leben gefürchtet“. Darunter lud man die weinerliche Pressekonferenz Hollsteins hoch, in der er sich nicht zu schade war, seine Todesangst zu bereden. Der „Erlebende“ eines Kratzers am Hals sprach von seinem „dritten Geburtstag“, – „dritter“ deshalb weil er, wie er auch weinerlich in Szene setzte, bereits eine Krebserkrankung hinter sich hätte.

Bei der BILD wuchs die Klinge gleich an, unter „Attentat in NRW“ hieß es:

Messer-Attentat auf den Bürgermeister von Altena (NRW)! Ersten Informationen zufolge griff ein offenbar Betrunkener (56) den Lokalpolitiker Andreas Hollstein (57, CDU) mit einer 30 Zentimeter langen Klinge an.

Der hysterische ZEIT-Titel: „Ich habe um mein Leben gefürchtet“

Die Staatsanwaltschaft spricht plakativ von einem „fremdenfeindlichen Motiv“.

Die ganze Geschichte erinnert etwas an das „Attentat“ auf „Armlänge-OB-Reker“ in Köln, das einen ähnlichen Medienhype nach sich zog.

Zugegeben, wenn jemand mit einem Messer auf einen zukommt, macht das bestimmt Angst, trotzdem ist dieser Zinnober eine unsagbare Farce, ganz besonders deshalb, weil keinem der mittlerweile unzähligen deutschen Opfer oder Hinterbliebenen von messernden „sich nach Frieden Sehenden“ auch nur

annähernd so viel Aufmerksamkeit zuteil wurde.

Eine kleine Auswahl „weniger wichtigerer“ Ereignisse dieser Art

- September 2016: „Südländischer“ Fahrradfahrer rammt Fußgänger [Messer in den Rücken](#)
- Oktober 2016: [Messerangreifer in Moers](#)
- März 2017: [Syrier sticht Deutschem Messer in den Rücken](#)
- Juni 2017: [„Männer“ greifen Frauen in Berliner Kino mit Messern an](#)
- Juli 2017: [27-Jähriger durch Messerstich lebensgefährlich verletzt](#)
- Juli 2017: Ein Toter bei [„Allahu-Akbar“-Angriff in Hamburg](#)
- August 2017: [Messerangriff auf „Langsamparkerin“](#)
- Oktober 2017: [23-Jähriger wegen Blickkontakts mit Messer angestochen](#)
- November 2017: Düsseldorf: [Araber-Gang attackiert Passanten](#) mit Messerstichen

Die geballte Messerei auch in [Leipzig](#), [Berlin](#), [Bremen](#), [Köln](#) und [vielen anderen Städten](#), dazu kommen die Angriffe mit Autos, Sprengstoff, Prügeln, Eisenstangen und allem womit sich ein Mensch verletzen oder töten lässt. Nebenbei, [DAS sind Messerwunden am Hals!](#)

Bei kaum einem deutschen Opfer ausländischer Messertäter, die zum Teil schwerst verletzt oder gar getötet wurden, gab es danach so ein Theater, geschweige denn bekamen die Attackierten oder ihre Hinterbliebenen eine Talksendung, in der Heiko Maas sich für sie stark machte.

Doch der Schauspielkunst des verdienten Kämpfers gegen Rechts, BM Andreas Hollstein, wird heute um [22.45 Uhr in der ARD eine ganze Maischbergersendung](#) gewidmet.

Seit der Wahl durfte im Übrigen gerade einmal ein AfD-Politiker im GEZ-Räuberfernsehen auftreten:

TALKGÄSTE NACH DER WAHL

6 Millionen Wähler werden in den Talkshows nicht repräsentiert!

JOURNALISTEN (in 31 Sendungen **38** mal vertreten)



CDU/CSU (in 31 Sendungen **30** mal vertreten)



BÜRGER/EXPERTEN (in 31 Sendungen **26** mal vertreten)



GRÜNE (in 31 Sendungen **25** mal vertreten)



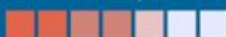
FDP (in 31 Sendungen **19** mal vertreten)



SPD (in 31 Sendungen **17** mal vertreten)



LINKE (in 31 Sendungen **7** mal vertreten)



SCHAUSPIELER (in 31 Sendungen **5** mal vertreten)



AfD (in 31 Sendungen nur am Wahlsonntag
mit **Alexander Gauland** vertreten)



6 Sendungen ■ Anne Will
9 Sendungen ■ Maybrit Illner
9 Sendungen ■ hartaberfair
7 Sendungen ■ Maischberger

Petr Bystron MdB



Heute aber, weil die Macher natürlich jemanden brauchen, den sie für den Kratzer am Hals des Altener Bürgermeisters verantwortlich machen wollen, darf sich AfD-Vorsitzende Alice Weidel der Lynchtruppe stellen.

Mit dabei sind neben der Moderatorin Sandra Maischberger, Schauspieler Bürgermeister **Andreas Hollstein (CDU)**, Bundeszensurjustizminister **Heiko Maas (SPD)**, der Kriminologe **Christian Pfeiffer** und Spiegel-Autor **Jan Fleischhauer**.

Wir wünschen Alice Weidel gute Nerven.

- » Kontakt zur Redaktion: maischberger@wdr.de
 - » [Facebook](#) und [Twitter](#)
-

Hier die komplette Maischberger-Sendung vom 29.11.:



Syrischer „Gefährder“ mit Fußfessel reist per Billigflug einfach aus

Von L.S.GABRIEL | Was nützt die Beobachtung von islamischen Zeitbomben, sogenannten „Gefährdern“ durch deutsche Behörden? Wie man beim [Weihnachtsmarkt-Attentäter Anis Amri](#) sah – nichts! Nun beweist ein weiterer haarsträubender Fall, dass all die angeblichen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor islamischen Mördern nicht nur sinnlos, sondern der reine Hohn sind.

Am 11. Oktober verloren die Sicherheitsbehörden Hussein Z., einen syrischen Gast der Kanzlerin. Der 35-Jährige war 2015 als „Flüchtling“ nach Deutschland gekommen und lebte ab da in einer Unterkunft in Aschaffenburg. Seit seiner Ankunft sei er durch zahlreiche Straftaten aufgefallen, er habe auch mehrfach Mitbewohner bedroht, [heißt es](#).

Im Juni 2017 fanden Ermittler des LKA Bayern Videos, die einen davor schon ruchbar gewordenen Verdacht, der „Schutzsuchende“ sei Mitglied islamischer Mörderbanden in Syrien gewesen, untermauerte. Daraufhin wurde seitens der Bundesanwaltschaft ein Verfahren wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung angestrebt. Doch weil die Behörden offenbar nicht in der Lage waren die Gruppierungen für die Z. tätig war einzuordnen und die Beweislage als zu dünn erachtet wurde, erging letztlich doch kein Haftbefehl.

Im August drohte er dann im Jobcenter Aschaffenburg mit Selbstmord und wurde für zwei Monate mittels Präventivhaft vorläufig aus dem Verkehr gezogen. Diese Anordnung des Amtsgerichts endete am 4. Oktober. Der Moslem bekam eine elektronische Fußfessel.

Der syrische VIP-Gast mit Fußschmuck will reisen – kein Problem, der Gast ist König

Einige Tage später erzählt der „Geflohene“ den Behörden, er wolle nach Hamburg fahren, wo Mutter und Schwester leben. Selbstverständlich wird dem Wunsch des Goldstücks nachgegeben, Merckels Gäste sollen sich doch wohl fühlen im Dhimmiland. Aber um sicher zu gehen, dass die islamische Bedrohung auch brav sein würde, wurde das äußerst effiziente Mittel der „Gefährderansprache“ noch eingesetzt. Einfach lachhaft! Die zuständige Polizei in Unterfranken schloss sich noch mit dem LKA Hamburg kurz und schon war alles geregelt. Der vermutlich Tötungswillige durfte seiner Wege gehen.

Ups, der Funkkontakt zum Goldstück ist weg

Am 11. Oktober verschwand er dann endgültig vom Radar der „Überwacher“. Die gemeinsame Überwachungsstelle der Länder im hessischen Bad Vilbel bemerkte, dass die Fußfessel über mehrere Stunden keine Signale mehr gesendet habe. Kein Wunder, da saß der vielleicht nächste Attentäter im Flugzeug. Das erste Signal erhielt man in Deutschland wieder vom Flughafen

Athen. Was nun? Das Gerät wurde abgestellt – eine Überwachung im Ausland ist nämlich nicht zulässig! Hier endet diese Posse aber noch lange nicht.

Zwei Tage vor seinem Flug nach Athen hatte der Reisefreudige seine Pläne nämlich der Würzburger Polizei sogar mitgeteilt. Er wolle seinen kranken Sohn im türkisch-syrischen Grenzgebiet abholen und nach Deutschland bringen, gab er an. Die Verantwortlichen in Würzburg nahmen das offenbar achselzuckend zur Kenntnis, es hätten laut Auskunft der Polizei „[keine Ausreiseverhinderungsgründe](#)“ vorgelegen. Deshalb wurde auch nicht einmal die für die Ausreisekontrolle zuständige Bundespolizei über das Vorhaben des Terrorverdächtigen verständigt.

Im Land der unbegrenzten Idiotien wird an dieser Stelle noch einer drauf gelegt: Am Betreten des Flughafens oder wenigstens am Besteigen des Flugzeuges wurde er nicht gehindert, weil eine Fußfessel kein „gefährlicher Gegenstand“ ist! Ihr Träger schon! Aber was soll's.

Zwei Tage nach seinem Abflug soll er die Polizei erneut angerufen und mitgeteilt haben, er sei nun in der Türkei. Offenbar macht es ihm Spaß den deutschen Behörden zu zeigen wie machtlos sie sind.

Und jetzt?

Mittlerweile wurde Hussein Z. der Status als „Flüchtling“ aberkannt. Der aktuelle Aufenthaltsort des möglichen nächsten Attentäters ist nicht bekannt, er ist zur Fahndung ausgeschrieben. Beruhigen soll uns wohl, dass ein internationaler behördlicher „Informationsaustausch“ stattfindet. Dabei geht's aber in der Hauptsache wohl darum, die Fußfessel wiederzubekommen, die er vermutlich schon abmontiert hat. Es ist gut möglich, dass er sogar schon wieder in Deutschland ist, diesmal mit seinem Sohn – die Grenzen sind ja offen. Das hat er ja auch angekündigt und bisher hielt er

Wort.

Bei uns ist es üblich, dass Väter mit ihren Kindern in der Vorweihnachtszeit einen Schneemann bauen oder Schlittschuhlaufen gehen. Hussein Z. will sicher auch etwas mit seinem Sohn unternehmen, vielleicht einmal mit einem richtig großen, schweren LKW auf den nächsten Weihnachtsmarkt fahren. Mit ein bisschen Glück sagt er auch das den Behörden vorher und mit noch mehr Glück versuchen die das dann vielleicht sogar zu verhindern – vorausgesetzt natürlich es liegen Gründe vor, wie zum Beispiel ein fehlender Führerschein.



Britischer Lehrer nennt Transgenderbalg „Girl“ – nun droht Jobverlust

Von L.S.GABRIEL | Joshua Sutcliffe (27) unterrichtet Mathematik an einer staatlichen Sekundarschule in der Grafschaft Oxfordshire, Großbritannien und verliert nun vielleicht seinen Job, weil er sich im Geschlechterwahnsinn einer völlig degenerierenden Gesellschaft verirrt hat. Er hatte während des Unterrichts eine Schülerin und ein [Schülerix](#) mit den Worten „Well done girls“, also „Gut gemacht, Mädchen“ gelobt.

Als er auf seinen offenbar unverzeihlichen Fehler aufmerksam gemacht wurde, entschuldigte der Lehrer sich auch sofort untertänigst.

Das aber reicht dem Exaltierten nicht. Die Mutter des betroffenen Teenagerix reichte offiziell Beschwerde bei der Schulleitung ein, weil ihr Transgenderbalg als Mädchen angesprochen worden war. Das zog unverzüglich eine Suspendierung des Lehrers und eine formelle Disziplinarverhandlung nach sich.

Irre Vorwürfe einer verwahrlosten Gesellschaft

Laut Dokumenten, die der [Daily Mail](#) vorliegen, sieht der Lehrer sich mit dem Vorwurf konfrontiert, die Geschlechtergleichstellung verletzt zu haben. Joshua Sutcliffe versteht die Welt nicht mehr. Sein Beruf und das Lehren sei sein Leben und es gab offenbar bislang keine offiziellen Anweisungen wie man derartige Menschen anzusprechen habe. Sutcliffe nennt diese absurde political correctness surreal Kafkaesk.

Er habe trotz seiner christlichen Überzeugung immer versucht, die Schüler zu respektieren und eine professionelle Einstellung, sowie die Integrität zu wahren. Nun aber scheint es ihm, dass die Schule ihn in deren linke Agenda zwingen wolle. Er halte es aber nicht für falsch einen weiblich geborenen Menschen als Frau bzw. Mädchen zu bezeichnen. Stattdessen empfinde er es als einen Verstoß gegen seine Menschenrechte, ihn zu diesem Gendersprachgebrauch zu zwingen. Die aggressive Art und Weise, mit der ihm die Transgender-Ideologie aufgezwungen würde, untergrabe seine eigene Glaubens- und Meinungsfreiheit.

[Schulleiter Chris Price](#) wollte nicht Stellung beziehen und zog sich feige hinter dem „laufenden Disziplinarverfahren“ aus der Affäre.

Joshua Sutcliffe darf zwar derweil die Schule noch betreten,

sich im Lehrerzimmer aufhalten aber es wurde ihm untersagt mit Kollegen über die Causa zu sprechen. Der will sich aber keinen Maulkorb auferlegen lassen und trat stattdessen am Montag im Fernsehen auf, um eine Debatte über diesen Fanatismus, wie er es nennt, ins Rollen zu bringen.

Gesellschaftliche Verwahrlosung als Diktat

Es darf vermutet werden, dass hinter dem Affenzirkus, den die Familie des jugendlichen Schülerwesens hier aufführt schlicht auch ausgeprägter linker Hass steckt. Joshua ist nämlich auch Pfarrer einer evangelischen Kirche in Oxford, wo er vor einigen Jahren in einem freiwilligen Bibelclub die Frage eines Schülers zum Wesen der Ehe, dem Unterricht entsprechend dahingehend beantwortete, dass die Bibel selbige als Bund zwischen Mann und Frau beschreibe, was ihm eine Klage wegen Homophobie eingebracht hatte. Sutcliffe ist also der Szene daher offenbar an sich schon ein Dorn im Auge. Nun kann es sein, dass er seinen Job verliert, wegen einer völlig hysterischen Debatte einer Gesellschaft, die sich offensichtlich im fortgeschrittenen Stadium der Degeneration und Selbstzerstörung befindet und wo gesellschaftserhaltende Werte nach und nach dem Untergangswunsch entsprechend ausgemerzt werden sollen.



Köln: Multikulti-Integration Deutscher in ehemaligem Kloster

Von L.S.GABRIEL | Das 1920 erbaute ehemalige [Klarissenkloster in Köln-Kalk](#) ist/war die einzige erhaltene Klosteranlage in Köln und [seit 1982 denkmalgeschützt](#). Vor rund zwei Jahren wurde der darin beheimatete Nonnenorden aufgelassen, seither setzte der Asyllobbyist Rainer Maria Kardinal Woelki – Denkmalschutz hin oder her – alles daran aus der ehemals christlichen Stätte eine Unterkunft für die illegal in Deutschland eingedrungenen Feinde des Christentums aus aller Welt zu machen. Jetzt scheint es vollbracht.

Nach dem Umbau sollen hier nun auf etwa 2500 Quadratmeter Wohnraum, aufgeteilt in 43 Einheiten, bis zu 100 „flüchtige“ Bewohner residieren. Zwölf der Wohneinheiten werden als Sozialwohnungen an Kölner vergeben, die „den [Integrationsgedanken mittragen](#)“ heißt es.

Die größte der 43 Einheiten hat stattliche fünf Zimmer, genug Platz für eine uns kulturell/ideologisch bereichernde Familie.

Dienstboten, Gartenpfleger und Betreuer inklusive

Die ehemalige Kirche der Klosteranlage soll künftig ein „Begegnungs- und Bildungszentrum“ beherbergen. Das „Integrative Wohnprojekt“ des Bistums bietet auch eine „üppige Gartenanlage mit zahlreichen Blumen und Dutzenden Apfelbäumen“, wo die ~~herumlungernden~~ traumatisierten „Schutzsuchenden“ entspannen können – pflegen müssen sie die Grünoase selbstverständlich nicht selber, dafür stehen Profis, Schaufel bei Fuß, bereit.

Im ehemaligen Klausurgebäude der Ordensschwwestern, dessen geplanten Abriss zugunsten „Schöner Wohnen für Flüchtlinge“

durch den Denkmalschutz gerade noch verhindert wurde, sollen 26 angeblich minderjährige unbegleitete „Flüchtlinge“ (MUFL) untergebracht und betreut werden. Außerdem stehen 25 Aufsichtspersonen und zehn bis fünfzehn weitere Angestellte zur „Beratung und Betreuung“ (mit Tipps und Putzlappen) zur Verfügung.

30 Millionen für „Neue Nachbarn“

Das Bistum ließ sich das Andienen an die Invasion und den mit ihnen eingeschwemmten Christenverfolgern elf Millionen Euro, allein für die Umbauarbeiten, kosten. Rund 30 Millionen Euro sollen für die Aktion „Neue Nachbarn“ bereitgestellt werden.

Kardinal Woelki ist völlig umwölkt und „heilfroh“ darüber, dass nun „Kölner Bürger“ nicht nur Tür an Tür sondern „unter einem Dach“ mit den „vielen jungen Menschen aus unterschiedlichen Nationen“ wohnen können. Schließlich sei die Integration der „Flüchtlinge“ für „uns alle“ eine permanente Aufgabe. Deshalb müssten „wir als Gesellschaft“ dafür sorgen, dass die Eindringlinge nicht nur gut wohnen könnten, sondern auch noch einen bezahlten Job und Lebensperspektiven erhielten, so der Kardinal, der auch „froh und dankbar“ ist für alle Teddybärenwerfer und asylfanatischen Gutmenschen, die wie er völlig abgehoben eine Invasion nicht nur begrüßen, sondern auch tatkräftig unterstützen, die da angetreten ist Deutschland zu ihrem Land (am besten künftig ohne Deutsche) zu machen.

Hier die umwölkte kardinale Ansprache zum gelungenen Umbau:



Köln kapituliert vor Kriminalität am Ebertplatz

Von L.S.GABRIEL | Der Kölner Ebertplatz ist ein multikrimineller Ort an dem Merkels Gäste gut und gerne [dealen](#), rauben und morden. Sogar den hartgesottensten Beschwichtigern und Spezialisten für Fake News im Sinne der Asyllobby ist das Pflaster da mittlerweile zu heiß. Der ZDF-Kommissar Heldt suchte wenig heldenmutig mit seiner Crew das Weite, nachdem das Team von bestens integrierten Traumatisierten bei Dreharbeiten zur gleichnamigen Krimi-Serie bedrängt und bedroht worden war ([PI-NEWS berichtete](#)).

Der teils begrünte Platz färbt sich immer öfter blutrot, die Messer sitzen locker und die Kölner Polizei scheint die Lage schlicht nicht mehr in den Griff zu bekommen.

No-Go-Zonen heißen nun „Angsträume“

Eine [Sprecherin der Stadt erklärte](#) nun, man müsse die „Angsträume“ am Ebertplatz, besonders in der dunklen Jahreszeit, entschärfen. Die neue Wortschöpfung „Angsträume“, für jene Plätze an die sich niemand, der an seinem Leben und Hab und Gut hängt wagen sollte, ist eine weitere beabsichtigte Umkehr der Kausalitäten. Denn das Wort verortet in gewisser Weise den „Fehler“ nicht in der bestehenden tatsächlichen Gefahr, sondern bei den potentiellen Opfern, die so als psychisch überfordert, mit einer Phobie belastet dargestellt werden und das lenkt erst einmal von den Tätern ab.

Doch diese Camouflage verhindert eben nicht, dass ab und an [Leichen am Ebertplatz herumliegen](#) und afrikanische Jungunternehmer mit ihrer dargebotenen Ware für „berauschende“ Erlebnisse sorgen. Deshalb will die Stadt das Problem lösen und man wurde kreativ. Den Pächtern der Ladenlokale in den Katakomben des Platzes wurde seitens des Liegenschaftseigentümers, der Stadt Köln gekündigt und nun sollen die Zugänge zur „Kellerebene“ des Platzes, die für den U-Bahn-Betrieb nicht relevant sind zugemauert werden. Denn dort fänden Dealer und „üble Gestalten“ einen Rückzugsraum, heißt es.

„Angsträume“:



Der Kölner Ebertplatz würde so ein fast schon Nestroysches Schaustück für die Auswirkungen der Willkommens- und Toleranzdiktatur sein – zugemauert als Gegenstück zu den offenen Grenzen. Wie wäre es mit der Wiederbelebung der alten Tradition von Stadtmauern mit Schießscharten? Man könnte dann

Merkels Mord- und Totschlaggäste aussperren, denn eingesperrt werden sie ja nicht.

Da aber die linke, dort auch ansässige Kunstszene massiv gegen die Mauerpläne im bunten und offenen Köln protestiert, ist das letzte Wort in der Sache noch nicht gesprochen. Vermutlich setzt OB Henriette Reker am Ende dann doch lieber wieder auf die ihr [ausreichend erscheinende Armlängenlösung](#).

Alltag am Kölner Ebertplatz: